



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

20.11.2024	Redaktionsnetzwerk Deutschland : Castor-Transport mit hochradioaktiven Abfällen in Deutschland erwartet	3
20.11.2024	Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Wechsel an Spitze des Wirtschaftsministeriums	5
20.11.2024	Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Trotz Pleite: Lubminer Bürgermeister glaubt an Wasserstoffwerk	6

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Redaktionsnetzwerk Deutschland

Castor-Transport mit hochradioaktiven Abfällen in Deutschland erwartet

20. November 2024 07:55

[Originalartikel](#) (Online Website)

In Frankreich und England wurden Brennelemente deutscher Atomkraftwerke behandelt. Dabei blieb Abfall zurück. Erstmals seit Jahren wird der radioaktive Müll zurück nach Deutschland gebracht.

Philippsburg. Atomkraftgegner rechnen im Laufe des Tages mit der Ankunft eines Castor-Transports mit hochradioaktiven Abfällen in Philippsburg bei Karlsruhe. Nach ihren Erkenntnissen war der Zug mit vier Castor-Behältern am Dienstagnachmittag in Frankreich losgefahren. Von offizieller Stelle gibt es aus Sicherheitsgründen nach wie vor weder eine Bestätigung für die Abfahrt noch Informationen über Streckenverlauf und Zeitplan.

Die Gegner haben zu einer Mahnwache am Bahnhof Philippsburg aufgerufen. Diese soll am Mittwoch um 9.00 Uhr neben dem Bahnhofsgebäude starten und bis 22.00 Uhr gehen. „So lange der Zug fährt“, hieß es dazu in einer Ankündigung. Donnerstag ist der Start schon für 7.00 Uhr angesetzt.

Hochradioaktiver Atommüll sei ein gefährliches Erbe für zukünftige Generationen, schreibt „Anti-Atom Südwest“. Die Kritiker monieren vor allem, dass es nach wie vor kein Endlager gibt. Solange die Langzeitlagerung nicht geklärt ist, sollte es aus ihrer Sicht „keine Atommüllverschiebungen von A nach B“ geben.

Zwischenlagerung für viele Jahre

Bei dem Transport geht es um Abfälle, die nach der Wiederaufarbeitung von Brennelementen aus deutschen Atomkraftwerken übrig geblieben sind. Seit 2007 lagern auf dem Gelände des inzwischen stillgelegten Kernkraftwerkes Philippsburg in einem Zwischenlager radioaktive Abfälle. 102 Plätze sind schon belegt. Bis auf die vier nun geplanten Behälter sollen keine weiteren folgen.

Der Betrieb des Brennelemente-Zwischenlagers in Philippsburg ist aktuell bis zum Jahr 2047 genehmigt. Von einer Verlängerung wird mangels eines Endlagers ausgegangen. Es gibt noch Atomabfälle in England. Die sollen auf die staatlichen Zwischenlager in Biblis (Hessen), Brokdorf (Schleswig-Holstein) und Isar (Bayern) verteilt werden.

Letzter Castor-Transport vor vier Jahren

Der letzte Castor-Transport, der aus dem Ausland nach Deutschland stattfand, umfasste nach Angaben der

BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH sechs Behälter des Typs HAW28M und führte im November 2020 von der britischen Wiederaufarbeitung in Sellafield nach Biblis. „Für Deutschland war dies der erste große Rücktransport von Atommüll in Castor-Behältern seit 2011“, erläuterte eine Sprecherin. „Er verlief reibungslos und ohne Störungen.“

Beim Castor-Behälter des Typs HAW28M (HAW = High Active Waste) handelt es sich um den baugleichen Behälter, der nun auch in das Brennelemente-Zwischenlager Philippsburg eingelagert werden soll. Es geht dabei um eine massive Konstruktion aus Gusseisen und Edelstahl, die beladen 115 Tonnen schwer ist. Die Außenwände haben eine Stärke von rund 40 Zentimetern. Ein Deckelsystem aus massiven Stahldeckeln als Schutz erfüllt den Angaben zufolge höchste Sicherheitsstandards, sodass der radioaktive Inhalt dauerhaft sicher umschlossen sein soll.

In die Behälter passen je 28 sogenannte Kokillen, zylindrische Behälter aus Edelstahl. Die radioaktiven Abfälle wurden bei etwa 1100 Grad mit Silikatglas verschmolzen und hier hineingefüllt. Sie können je rund 400 Kilogramm Glasmasse aufnehmen.

RND/dpa

Autor/-in: Deutsche Presse-Agentur dpa
[tmt6r24wr7os3mo5wo3ath]**Seite:** 1**Ressort:** Titelseite**Ausgabe:** Hauptausgabe¹ von PMG gewichtet 10/2024² von PMG gewichtet 7/2024**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 18.553 (gedruckt)¹ 21.719 (verkauft)¹
22.345 (verbreitet)¹**Reichweite:** 0,063 (in Mio.)²

Wechsel an Spitze des Wirtschaftsministeriums

Reinhard Meyer hat am Dienstag seinen Rückzug bekanntgegeben / Nachfolger wird Wolfgang Blank

Der 65-jährige SPD-Politiker hat am Dienstag (19. November) seinen Rückzug aus gesundheitlichen Gründen bekanntgegeben. Sein Nachfolger steht schon fest und soll bei der nächsten Landtagssitzung im Dezember vereidigt werden.

Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) tritt zurück.

Der 65-Jährige gab dafür am Dienstag in Schwerin gesundheitliche Gründe an. „Gesundheitliche Rückschläge im Frühjahr haben mich zum Nachdenken gebracht. Gemeinsam mit meiner Frau habe ich dann entschieden, dass es das Beste ist, mein Amt als Minister in der Landesregierung aufzugeben“, ließ Reinhard Meyer in einer Mitteilung verlauten.

Er habe Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) bereits im Sommer informiert. „Mir ist es wichtig, selbstbestimmt von Bord zu gehen. Das tue ich

nun. Ich spüre, dass ich nicht mehr die Kraft habe, das anspruchsvolle Amt so auszufüllen, wie es die Menschen im Land zu Recht erwarten und dass es meinen Ansprüchen genügt“, so Reinhard Meyer weiter: „Es ist der richtige Zeitpunkt. Die Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, für Inhalte zu stehen, Verantwortung zu übernehmen und Haltung zu zeigen.“

Nachfolger wird der parteilose Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern, Wolfgang Blank. Der Wechsel soll im Dezember vollzogen werden. Dann werde Blank

im Landtag vereidigt, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) in Schwerin. Wolfgang Blank ist Jahrgang 1959 und Geschäftsführer des Technologiezentrums Witenow in Greifswald.

Als IHK-Präsident ist er seit dem Jahr 2014 im Ehrenamt. In dieser Funktion kritisierte er in der Vergangenheit unter anderem „hausgemachte hohe Energiepreise, auf Rekordniveau gestiegene Verwaltungsvorschriften“ sowie eine vernachlässigte Infrastruktur. Die Deregulierung müsse von Land und Bund in bisher nicht gekanntem Tempo vorangetrieben werden, verlangte er. „Weniger, einfacher, digital“, sei das Gebot.

Abbildung: Reinhard Meyer ist zurückgetreten.**Fotograf/-in:** Foto: Jens Büttner**Abbildung:** Nachfolger ist Wolfgang Blank.**Fotograf/-in:** FOTO: Norbert Fellechner**Wörter:** 280**Ort:** Schwerin

Autor/-in: Robert Berlin [tmt6m5wwcrdjy119t4qo9a]
Seite: 16
Ressort: Mecklenburg-Vorpommern
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 18.553 (gedruckt)¹ 21.719 (verkauft)¹
 22.345 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,063 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 10/2024

² von PMG gewichtet 7/2024

Trotz Pleite: Lubminer Bürgermeister glaubt an Wasserstoffwerk

Genehmigungsverfahren läuft auch nach Insolvenz des Hamburger Investors HH2E weiter

Das Hamburger Unternehmen HH2E will in einem Gewerbegebiet in Lubmin grünen Wasserstoff produzieren. Die Pläne dafür sind weit fortgeschritten - aber plötzlich ist das Start-up insolvent. Was das für das 45-Millionen-Euro-Projekt bedeutet, erklärt Bürgermeister Axel Vogt.

Axel Vogt bleibt zuversichtlich: Der Bürgermeister von Lubmin glaubt weiter daran, dass in seinem Ort bald das erste von mehreren geplanten Wasserstoff-Werken errichtet wird.

Zuletzt hatte es bei den Millionen-Projekten für den Energieträger der Zukunft einen herben Dämpfer gegeben: Das Hamburger Start-up HH2E meldete Insolvenz in Eigenverwaltung an, nachdem sein Mehrheitsaktionär die Finanzierung der ersten Produktionsstätte in Lubmin abgelehnt hatte. Jetzt sucht der Investor nach einem neuen Geldgeber. Das Unternehmen will für 45 Millionen Euro eine 1000-Megawatt-Anlage errichten. Auf einer rund 45.000 Quadratmetern großen Fläche sollen eine Wasseraufbereitungsanlage und Elektrolyse mit Nebenanlagen, Batteriespeicher, Umspannwerk und Wasserstoffverladung entstehen.

„HH2E hat mich persönlich über die Insolvenz informiert“, berichtet Lub-

mins Bürgermeister auf OZ-Anfrage. Er stehe weiter in Kontakt mit den Verantwortlichen - jetzt sogar noch enger als vorher. Von einem Stopp der Planungen könne keine Rede sein. Das Hamburger Unternehmen ist in der Genehmigung deutlich weiter als die übrigen Investoren, die ebenfalls Wasserstoff-Anlagen in dem Gewerbegebiet errichten wollen. Der Bauantrag sei gestellt, die Pläne lägen jetzt beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt (Stalu) Vorpommern und würden dort geprüft.

Vogt sagt: „Wir sind guter Dinge. Das Kind ist noch nicht in den Brunnen gefallen.“ HH2E müsse jetzt die Finanzierung neu absichern. Es soll jedoch bereits Verhandlungen mit Interessenten geben, heißt es. Der Lubminer Bürgermeister ist auch optimistisch, was die bisher aufgetretenen Probleme vor Ort angeht. Bei einer Beratung in der Gemeindevertretung kamen zuletzt Fra-

gen zum Brand- und Lärmschutz auf.

Die Freiwillige Feuerwehr Lubmin hat signalisiert, dass sie die Anlage nicht absichern kann. Vogt erklärt dazu: Es gebe gute Gespräche mit allen Investoren im Gewerbegebiet. Ziel sei es, dass sie zusammen eine Werksfeuerwehr betreiben.

Bezüglich des Lärmschutzes - gerade seit dem nahe gelegenen LNG-Terminal in der Ostsee ein sensibles Thema - macht das Gemeindeoberhaupt deutlich, dass die Hamburger versichert hätten, alle gültigen Grenzwerte einzuhalten. Ein Waldgebiet biete einen natürlichen Lärmschutz zwischen dem Gewerbegebiet und der nächsten Wohngegend.

Möglich ist jedoch, dass die Insolvenz Auswirkungen auf den Zeitplan haben wird. Ursprünglich wollte HH2E im Sommer 2025 mit der Produktion von Wasserstoff beginnen. „Das wird eher nicht zu halten sein“, schätzt Vogt ein.

Abbildung: Axel Vogt ist Bürgermeister von Lubmin.
Fotograf/-in: Foto: Cornelia Meerkatz
Wörter: 391
Ort: Lubmin

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG